

31.08.2010 / Titel / Seite 1

Lobby setzt sich durch

Max Eckart

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wollte offensichtlich die aus dem Ruder gelaufene Atom-Debatte beruhigen, als sie am Sonntagabend in der ARD verkündete, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke würden um zehn bis 15 Jahre verlängert. Erreicht hat sie das Gegenteil: Oppositionsparteien und Umweltverbände protestieren gegen das Vorhaben, die Antiatombewegung kündigte Massenproteste an.

Merkel berief sich bei ihrer Festlegung auf ein von der Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten, das angeblich zwischen zwölf und 20 Jahre längere Laufzeiten empfiehlt. Die beauftragten Institute - darunter das von großen Stromkonzernen gesponserte Energiewissenschaftliche Institut der Universität Köln - hatten unterschiedliche Szenarien mit einer Laufzeit-Verlängerung von bis zu 28 Jahren berechnet. Das Fazit der Kanzlerin: »Sowohl was die Versorgungssicherheit, den Strompreis als auch das Erreichen der Klimaziele anbelangt, ist die Kernenergie als Brückentechnologie wünschenswert.«

Zehn bis 15 Jahre längere AKW-Laufzeiten würden bedeuten, daß es bis mindestens 2032 Atomstrom gibt. Vor zehn Jahren hatte die damalige SPD-Grünen-Bundesregierung den Atomausstieg bis 2022 beschlossen.

Nach Ansicht von SPD-Chef Sigmar Gabriel zeigt die Festlegung der Kanzlerin, daß es »nicht um ein zukunftsfähiges Energiekonzept, sondern um knallharte Lobbypolitik für die Atomkonzerne« gehe. Er warnte gleichzeitig vor einer Umgehung des Bundesrates bei der geplanten Laufzeitverlängerung. Sollte die Länderkammer nicht einbezogen werden, »dann werden wir vor das Bundesverfassungsgericht ziehen«, sagte Gabriel.

Die Linke warf Merkel vor, das Ergebnis des Gutachtens habe schon vorher festgestanden. Der Bundesrechnungshof solle deshalb die Rechtmäßigkeit der mit Steuergeldern finanzierten Studie prüfen. »Für die Arbeitnehmer gibt es Maßhalteappelle, für Atomkonzerne Profitgeschenke«, kritisierte Parteichefin Gesine Löttsch.

Wie das Handelsblatt am Montag berichtete, gibt es innerhalb der Bundesregierung Konflikte, wie das Gutachten zu interpretieren ist. Dem Bericht zufolge hatte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) massive Vorbehalte gegen eine Zusammenfassung der Gutachter, wonach bei einem frühzeitigen Aus für die Atomenergie der Import von Strom aus ausländischen AKW stark an Bedeutung gewinnen würde. Vertreter der Erneuerbaren-Energien-Branche verwiesen darauf, daß es teilweise bereits heute - trotz des Stillstands mehrerer AKW - deutliche Stromüberschüsse in Deutschland gebe.

Aus Sicht der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW führt die aktuelle Atom-Debatte »diesem Land drastisch vor Augen, daß Atomenergie und Demokratie unvereinbar sind«. Merkel habe in ihrem ARD-Interview »unverblümt zugegeben, daß sie Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke von rund zehn Jahren durchsetzen möchte, obwohl die Bevölkerung dagegen ist«.

Die Antiatombewegung bekräftigte ihre Aufrufe zu Massenprotesten im Herbst. Am 18. September soll es in Berlin eine Großdemonstration gegen Atomkraft geben. Und gegen den nächsten Castortransport nach Gorleben im November macht ein Bündnis aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Gewerkschaften mobil.